

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik



David Gierse

Berlin, der 31.01.2025

Wer die letzten Monate meine Beiträge zur Digitalpolitik, Infrastruktur, neue Technologien und sicherheitspolitischen Zeitenwende verfolgt hat, wird von den aktuellen Entwicklungen **nicht überrascht** sein. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen: Der Investitionsstau in Deutschland ist so gigantisch, dass er **längst nicht mehr aus den laufenden Haushalten finanzierbar ist** – nicht beim Bund, nicht in den Ländern und erst recht nicht in den Kommunen.

Was mich allerdings wirklich überrascht, ist die plötzliche Überraschung vieler – gerade in der **CDU**. Das ist die gleiche Partei, die mit ihrer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den **Klimafonds** der Ampel 2023 eine der wenigen größeren Investitionsprogramme der letzten Jahre zu Fall gebracht hat – mit dem heiligen Argument, dass die Schuldenbremse sakrosankt sei. Und nun? Jetzt, keine zwei Jahre später, ruft der gleiche Friedrich Merz „**Whatever it takes**“, kündigt ein Sondervermögen über **500 Milliarden Euro** an und plant eine **weitgehende Aufweichung der Schuldenbremse**.

Ich sage es ganz klar: Diese Kehrtwende ist **notwendig** – aber sie zeigt auch eine bemerkenswerte Doppelmoral. Wer sich 2023 als Hüter der Haushaltstugend stilisiert hat, kann 2025 nicht so tun, als käme der Investitionsstau plötzlich aus dem Nichts.

Aber anstatt uns an diesen Widersprüchen abzuarbeiten, ist es wichtiger, die Lage **nüchtern zu analysieren**. Was wird tatsächlich geplant? Wo liegen die echten Baustellen? Und was passiert, wenn wir zwar Geld in Milliardenhöhe mobilisieren, aber die Verwaltung, die Verfahren und die gesamte staatliche Umsetzung **weiter im Zustand der Dauerblockade verharren**?

Was CDU und SPD jetzt konkret planen – die sachliche Einordnung

Um bei diesem Thema die nötige Klarheit reinzubringen, hier die Fakten. Das ist der aktuelle Plan aus den laufenden Sondierungsgesprächen – basierend auf den bisherigen Äußerungen von Friedrich Merz, Lars Klingbeil und aus den veröffentlichten Positionspapieren:

☐ Ausnahme von der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben

<https://www.linkedin.com/in/david-gierse-49a34718b/>

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

- Künftig wird **alles, was über 1% des BIP hinausgeht**, von der Schuldenbremse ausgenommen.
- Die bisherige NATO-Vorgabe von **2% des BIP** ist damit problemlos darstellbar – und perspektivisch auch mehr, wenn sich die geopolitische Lage weiter zuspitzt.
- Zum Vergleich: **1% des BIP sind etwa 43 Milliarden Euro**, der heutige Verteidigungshaushalt liegt bei rund 52 Milliarden Euro.
- Mit dieser Änderung wäre eine dauerhafte **Verdopplung oder Verdreifachung** des Verteidigungshaushalts theoretisch möglich.

2500 Milliarden Euro Sondervermögen für Infrastruktur

- In den nächsten 10 Jahren sollen **500 Milliarden Euro zusätzlich** in die Modernisierung von **Brücken, Straßen, Schienen, Schulen, Kitas, Krankenhäusern und digitaler Infrastruktur** fließen.
- Dieses Sondervermögen ist **separat vom Verteidigungshaushalt**.
- **100 Milliarden Euro** davon sollen direkt an die Länder gehen, um regionale Infrastrukturprojekte zu finanzieren.

3 Anpassung der Schuldenregeln der Länder

- Bisher durften die Länder **gar keine strukturellen Schulden** machen.
- Künftig sollen sie – wie der Bund – **0,35% des BIP** jährlich für Investitionen aufnehmen dürfen.
- Ziel: Mehr Eigenverantwortung der Länder bei Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz.

4 Parallel: ReArm Europe – EU-Programm

- Ergänzend zu den deutschen Plänen läuft auf EU-Ebene das Programm **ReArm Europe**, mit einem Umfang von **800 Milliarden Euro**.
- Dieses Geld hat mit den deutschen Sondervermögen direkt nichts zu tun – es betrifft die gesamte EU.

5 Verfassungsänderung noch vor der Sommerpause

- Alle diese Änderungen – von der Schuldenbremse über das Sondervermögen bis zu den Länderregeln – erfordern eine **2/3-Mehrheit**.
- Da die AfD und die Linke im neuen Bundestag eine Sperrminorität hätten, wollen CDU und SPD die Verfassungsänderung noch im **alten Bundestag** durchdrücken – rechtlich möglich, politisch umstritten.

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

- Dafür braucht es Stimmen von **Grünen oder FDP** – die bisher **nicht eingebunden** wurden.

Der Investitionsrückstau in Deutschland – Wie hoch die Lücke wirklich ist und warum wir uns Ehrlichkeit leisten müssen

Wenn wir über den Investitionsrückstau in Deutschland sprechen, wird oft ein einseitiges Bild gezeichnet. Mal geht es nur um kaputte Brücken und Schulen, mal nur um fehlende Digitalinfrastruktur oder die technologische Abhängigkeit von den USA und China. Die Wahrheit ist: **Der Investitionsstau zieht sich durch alle staatlichen Ebenen – und er betrifft fast jeden Bereich, der die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sichern soll.**

Und weil die Debatte aktuell oft zu oberflächlich geführt wird, hier einmal sehr **detailliert**, wo die Rückstände tatsächlich liegen, wie groß die Summen sind – und warum es eben nicht nur um Beton und Glasfaser geht, sondern um die **Fähigkeit Deutschlands, im 21. Jahrhundert souverän, wettbewerbsfähig und sicher zu bleiben.**

1. Kommunale Ebene – die Basis bröckelt! Investitionsrückstau Kommunen (Stand 2025)

Laut KfW-Kommunalpanel 2024/2025 beläuft sich der **kommunale Investitionsrückstand** aktuell auf über **186 Milliarden Euro**. Und das ist nur die konservative Zahl – reale Bedarfe könnten laut Studien von IW Köln und DIW noch **deutlich höher** liegen, weil viele Kommunen nicht einmal in der Lage sind, ihren tatsächlichen Bedarf korrekt zu erfassen.

Bereiche mit besonders großem Rückstau

- **Bildungseinrichtungen (Schulen & Kitas):** Ca. **55 Milliarden Euro** fehlen für Sanierung, Modernisierung und Digitalisierung – marode Schulgebäude, fehlende IT-Ausstattung und energetische Sanierungen treiben die Summe.
- **Kommunale Straßen, Brücken & ÖPNV:** Rund **48 Milliarden Euro** fehlen für die Sanierung von Straßen, Brücken, Radwegen und dem kommunalen Nahverkehr – oft mit massiven Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft.
- **Verwaltungsgebäude & Digitalisierung:** Weitere **32 Milliarden Euro** werden benötigt, um Rathäuser, Bürgerämter und kommunale Infrastruktur digital- und klimagerecht zu sanieren.

Besonderes Problem: Personal & Verfahren

Selbst wenn Geld bereitsteht, können viele Kommunen es **nicht abrufen**, weil:

- Fachpersonal fehlt.

<https://www.linkedin.com/in/david-gierse-49a34718b/>

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

- Planungs- und Genehmigungsverfahren Jahre dauern.
- Förderprogramme so kompliziert sind, dass sie **gar nicht beantragt** werden.

2. Landesebene – Rückstand in Bildung, Gesundheitsversorgung und Digitalisierung

Auch die **Länder** haben ihre Hausaufgaben vielfach verschleppt – gerade im Bildungs- und Gesundheitsbereich:

Investitionsrückstand Länder (Schätzung 2025)

Insgesamt wird der **Investitionsrückstau der Länder** auf mindestens **150 Milliarden Euro** geschätzt.

Schwerpunkte Landesebene

- **Schulen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen:** Ca. **75 Milliarden Euro**.
- **Landesstraßen & Infrastrukturprojekte:** Ca. **30 Milliarden Euro**.
- **Krankenhäuser & Gesundheitseinrichtungen:** Ca. **25 Milliarden Euro**, allein für Modernisierungen und Digitalisierung.
- **Verwaltungsdigitalisierung & IT-Infrastruktur:** Mindestens **20 Milliarden Euro** fehlen für einheitliche Plattformen, IT-Sicherheit und moderne Fachverfahren.

Problem: Geteilte Verantwortung

Viele Projekte (z. B. in Schulen oder Krankenhäusern) werden **gemeinsam von Ländern und Kommunen getragen**, was zu **Zuständigkeitswirrwarr** und enormen Verzögerungen führt.

3. Bundesebene – massive Rückstände bei Verkehr, Energie & Verteidigung

Der größte Investitionsrückstand liegt mit Abstand beim Bund. Hier geht es um die großen Netze und Infrastrukturen, die nicht nur für die Wirtschaft, sondern für die **gesamte Wettbewerbs- und Verteidigungsfähigkeit** entscheidend sind.

Investitionsrückstand Bund (Schätzung 2025)

Der Gesamtbedarf auf Bundesebene liegt nach aktuellen Berechnungen bei rund **600 Milliarden Euro** bis 2035.

Schwerpunkte Bundesebene

- **Verkehrsinfrastruktur (Autobahnen, Bahn, Brücken):** Ca. **250 Milliarden Euro**, davon allein rund **12.000 Brücken**, die dringend saniert werden müssen.
- **Energieinfrastruktur & Netzausbau:** Ca. **150 Milliarden Euro**, u. a. für Stromtrassen, Speichertechnologien, Wasserstoffnetze.
- **Digitale Infrastruktur (Glasfaser, 5G, Rechenzentren):** Ca. **45 Milliarden Euro**.

<https://www.linkedin.com/in/david-gierse-49a34718b/>

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

- **Technologische Souveränität (Chips, Quanten, KI):** Mindestens **60 Milliarden Euro**, um von ausländischen Plattformen unabhängiger zu werden.
- **Cybersecurity & IT-Sicherheit:** Ca. **25 Milliarden Euro**.
- **Verwaltungsmodernisierung & Digitalisierungsstrategie:** Mindestens **20 Milliarden Euro**.

4. Bundeswehr – die teuerste und dringendste Baustelle! Fähigkeitslücken – was fehlt konkret?

Nach Jahrzehnten des Abbaus hat die Bundeswehr in fast **allen Bereichen** massive Fähigkeitslücken, die sich durch den **US-Rückzug** aus Europa noch dramatisch verschärfen.

- **Luftabwehr & Raketenabwehr:** Deutschland hat keine flächendeckende Abwehr gegen moderne Bedrohungen (Drohnen, Hyperschallwaffen).
- **Cyberabwehr & digitale Gefechtsführung:** Viele Systeme der Bundeswehr sind nicht interoperabel, **veraltete Software** erschwert die Gefechtsführung.
- **Satellitenkommunikation:** Deutschland ist weitgehend auf **US-Satelliten** angewiesen – eine eigene, sichere Infrastruktur fehlt.
- **Moderne Waffensysteme:** Die Beschaffung neuer **Panzer, Artillerie, Luftwaffe** wurde über Jahre verschleppt, viele Systeme sind nicht einsatzbereit.

Zusätzlicher Investitionsbedarf Verteidigung

Nach dem 100-Milliarden-Sondervermögen sind bis 2035 mindestens **300 Milliarden Euro** zusätzlich nötig, um:

- Die NATO-Fähigkeitsziele zu erfüllen.
- Die digitale Verteidigungsfähigkeit auszubauen.
- Resiliente Infrastrukturen für hybride Bedrohungen (Cyberangriffe auf Stromnetze etc.) zu schaffen.

5. Digitale Souveränität, digitale Infrastruktur und Digitalisierung der Verwaltung – der wahre Investitionsbedarf und die unterschätzte Dimension

Ein Thema, das in der aktuellen Debatte um die Sondervermögen und die Zukunftsinvestitionen fast beiläufig behandelt wird, ist die Frage der **digitalen Souveränität**. Dabei ist sie nicht weniger wichtig als der Ausbau von Straßen, Schienen oder der Bundeswehr. Ohne eine eigene, sichere und moderne digitale Infrastruktur wird Deutschland dauerhaft **abhängig bleiben** – wirtschaftlich, sicherheitspolitisch und technologisch. Der Rückstand, den wir hier bereits haben, ist nicht nur eine Wettbewerbsfrage. Es geht um die grundsätzliche Frage, ob Deutschland im

<https://www.linkedin.com/in/david-gierse-49a34718b/>

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

geopolitischen Technologie-Wettlauf überhaupt noch eine **aktive Rolle** spielen kann – oder zum reinen Absatzmarkt für ausländische Plattformen und Technologien wird.

Warum digitale Souveränität keine theoretische Debatte ist

- Heute stammen **über 90%** der zentralen digitalen Technologien, die in Deutschland genutzt werden, aus dem **nicht-europäischen Ausland** – vor allem den USA und China.
- **Cloud-Dienste**, auf denen die komplette Wirtschaft und zunehmend auch die Verwaltung läuft, werden zu **über 80%** von **drei US-Konzernen** gestellt: AWS, Microsoft Azure und Google Cloud.
- Bei **KI-Modellen, Plattform-Ökonomien und Cybersicherheitsarchitekturen** hat Deutschland **keine einzige international relevante Plattform** – wir sind in fast allen kritischen Feldern **technologisch abhängig**.

Was wir brauchen – die ehrliche Zahlenschau

Hier die aktuellsten Zahlen zum **Investitionsbedarf bis 2035**, basierend auf Studien von Bitkom, IW Köln, DIW, ZVEI, Fraunhofer sowie der Cybersicherheitsstrategie der Bundesregierung:

1. Cloud-Infrastruktur & Rechenzentren – die digitale Basisinfrastruktur

Wenn Deutschland und Europa nicht dauerhaft von den US-Hyperscalern abhängig bleiben wollen, braucht es:

- **Eigenständige Cloud-Infrastrukturen**, die nicht nur verwaltungseigene Daten verarbeiten, sondern auch Unternehmen sichere, DSGVO-konforme Alternativen bieten.
- **Dezentrale, resiliente Rechenzentren**, die besonders kritische Infrastrukturen wie Gesundheitsdaten, Energieversorgung, Verkehrssteuerung oder sicherheitskritische Behördenprozesse absichern.

Investitionsbedarf bis 2035: 85 bis 95 Milliarden Euro

2. Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung – medienbruchfrei, automatisiert, bürgerfreundlich

Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) hat 2024 in seiner Analyse deutlich gemacht, dass die **komplette Digitalisierung der deutschen Verwaltung** mit einem einmaligen Modernisierungsaufwand von rund **15 Milliarden Euro** verbunden ist. Darin enthalten:

- **Zentrale Plattformen** für Anträge, Genehmigungen, Fördermittel – für Bürger, Unternehmen und Behörden.

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

- **Automatisierung von Standardverfahren** (z. B. Bauanträge, Umweltprüfungen, Fachkräftezuwanderung).
- **Einheitliche digitale Bürgerkonten** mit medienbruchfreier Kommunikation zwischen Bürgern, Unternehmen und Staat.
- **Gemeinsame Datenplattformen** für Bund, Länder und Kommunen, die Genehmigungen und Prüfverfahren vereinfachen.

▶ **Investitionsbedarf bis 2035: ca. 15 Milliarden Euro**

3. Chips & Halbleiter – das Herz jeder technologischen Unabhängigkeit

Deutschland hat beim Thema Halbleiter in den letzten Jahrzehnten fast vollständig abgebaut. Wenn wir uns wenigstens in den strategisch relevanten Bereichen (Energie, Automotive, Verteidigung, Hochleistungsrechnen) **eine eigene Fertigungskompetenz sichern** wollen, braucht es massive Investitionen:

- **Subventionen für Chipfabriken** (Intel, TSMC).
- **Aufbau europäischer Halbleiter-Cluster.**
- **Entwicklung eigener Hochleistungschips für KI, Quantentechnologie und sicherheitskritische Systeme.**

▶ **Investitionsbedarf bis 2035: ca. 45 Milliarden Euro**

4. Quantencomputing & Hochleistungsrechnen – die strategische Spitzenforschung

Hier geht es nicht darum, flächendeckend Quantencomputer bereitzustellen, sondern darum, die **Forschungskompetenz** in Deutschland zu sichern und erste **Pilotanwendungen** in Bereichen wie Kryptografie, Materialforschung oder Logistik zu etablieren.

▶ **Investitionsbedarf bis 2035: ca. 15 Milliarden Euro**

5. Cybersecurity & IT-Sicherheit – die Achillesferse

Deutschland gehört laut Global Cybersecurity Index der ITU 2024 weltweit nicht einmal zu den **Top 10** bei der Cybersicherheit. Die Angriffe auf kritische Infrastrukturen haben sich seit 2022 verdreifacht, gleichzeitig sind:

- **60% der Behörden-IT** veraltet.
- **Viele Industrieunternehmen** weiterhin unzureichend abgesichert.
- Die Schnittstelle zwischen öffentlicher IT, Unternehmenssystemen und kritischer Infrastruktur **nicht koordiniert abgesichert.**

▶ **Investitionsbedarf bis 2035: ca. 25 Milliarden Euro**

<https://www.linkedin.com/in/david-gierse-49a34718b/>

Zusammenfassung – Der echte Preis für digitale Souveränität

Bereich	Investitionsbedarf bis 2035
Cloud-Infrastruktur	85-95 Mrd. €
Digitale Verwaltung	ca. 15 Mrd. €
Chips & Halbleiter	ca. 45 Mrd. €
Quantencomputing	ca. 15 Mrd. €
Cybersecurity	ca. 25 Mrd. €
Gesamtbedarf	ca. 185-195 Mrd. €

Übersicht Investitionsbedarf Digitale Souveränität (2025)

Was passieren muss – Geld allein reicht nicht

Die geplanten 500 Milliarden Euro für Infrastruktur, die weitreichende Ausnahme der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben, die Anpassung der Länder-Schuldenregeln – das sind auf den ersten Blick massive Schritte. Doch eines ist klar: **Geld allein wird keine Brücke sanieren, keinen Digitalcampus bauen, keine Bahnstrecke modernisieren und keine digitale Verwaltung aufsetzen.** Der eigentliche **Flaschenhals** liegt in der Art und Weise, wie wir in Deutschland planen, genehmigen, finanzieren und umsetzen.

1. Radikaler Bürokratieabbau – von der Gesetzgebung bis zum Antrag

Bevor wir über Digitalisierung sprechen, müssen wir ehrlich sagen: **Viele unserer Verfahren sind zu kompliziert, zu langwierig und voller Widersprüche** – nicht nur zwischen Bund, Ländern und Kommunen, sondern oft schon innerhalb einzelner Behörden.

- Laut einer Studie des **DIHK** brauchen Großprojekte in Deutschland **im Schnitt 10 bis 12 Jahre**, bis sie von der ersten Planung zur Realisierung kommen.
- In der **Energieinfrastruktur** sind es oft noch mehr – der Bau eines neuen Hochspannungsnetzes dauert **bis zu 15 Jahre**.
- Rund **30% der Projektverzögerungen** entstehen nicht durch Bürgerproteste, sondern durch **widersprüchliche Auflagen** aus verschiedenen Verwaltungsebenen (Kommunen, Länder, Bund, EU).
- Öffentliche Bauvorhaben (Beginn der Planung bis zur Fertigstellung) benötigen 85 Prozent der Zeit für Planung, Genehmigung und Gerichtsverfahren.

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

Was passieren muss

- **Systematische Entbürokratisierung aller Genehmigungs-, Förder- und Vergabeverfahren.**
- **Katalog: Welche Gesetze, Richtlinien und Doppelprüfungen sind noch sinnvoll?** Was kann entfallen oder vereinfacht werden?
- **Verschlinkung von Umwelt- und Raumordnungsverfahren – Parallelverfahren statt serieller Prozesse.**
- Einführung einer **Entscheidungsfrist von maximal 6 Monaten** für zentrale Infrastrukturprojekte.

2. Vollständige Digitalisierung & Automatisierung von Anträgen, Genehmigungen & Förderverfahren

Medienbruchfreie, digitale Verwaltungsprozesse existieren in Deutschland auf Bundesebene in Pilotprojekten – auf Landes- und Kommunalebene oft gar nicht.

- **Nur 46% der Kommunen** bieten 2025 eine vollständig digitale Baugenehmigung an.
- Selbst bei Fördermitteln wird laut **Bundesrechnungshof** 2024 noch knapp **70% der Anträge analog** bearbeitet – oft mit Word-Formularen, die ausgedruckt und per Post verschickt werden.
- **Datenbanken für Raumordnung, Umweltgutachten und Planungsunterlagen** existieren meist **nur auf Landesebene**, und auch dort nur vereinzelt.

Was passieren muss

- Einführung einer **nationalen digitalen Projektakte**, die von Bund bis Kommune durchgängig nutzbar ist.
- **Zentrale Plattform** für alle Förder- und Genehmigungsverfahren, mit **automatisierten Vorprüfungen** durch KI.
- **Echtzeit-Monitoring:** Jede Bürgerin, jedes Unternehmen und jede Behörde kann den Fortschritt von Anträgen transparent online einsehen.
- **Vollintegration bestehender Geo- und Umweltdatenbanken**, damit jede Umweltprüfung direkt auf vorhandene Daten zugreifen kann.

3. Personal & Kompetenzen in der Verwaltung stärken

Viele Infrastruktur- und Digitalprojekte scheitern nicht am Geld, sondern am **Personalmangel in den zuständigen Behörden.**

- In Bauämtern fehlen bundesweit über **7.500 Fachkräfte.**

<https://www.linkedin.com/in/david-gierse-49a34718b/>

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

- In vielen **Landesministerien** fehlt die digitale Kompetenz, um komplexe IT-Projekte zu begleiten – die Folge sind teure Fehlvergaben.
- Die **Fluktuation in den Planungs- und Genehmigungsbehörden** ist auf Rekordniveau, weil die Verfahren oft demotivierend und nicht mehr zeitgemäß sind.

Was passieren muss

- **Gezielter Aufbau von Digitalteams** in jeder Behörde.
- **Externe Projektbüros** für Großprojekte, die die Prozesse steuern und Fachkompetenz bündeln.
- **Kooperationen mit privaten Projektentwicklern**, die parallel zur Behörde arbeiten, um Verzögerungen zu vermeiden.

4. Staat-Wirtschaft-Touchpoints priorisieren

Besonders relevant für die Wirtschaft: **Die Schnittstellen zur Verwaltung** sind oft das größte Investitionshindernis.

- Gründung, Gewerbeanmeldung, Baugenehmigung, Förderanträge, Zuwanderung von Fachkräften – all diese Verfahren dauern in Deutschland deutlich länger als in vergleichbaren Ländern.
- **Laut Weltbank dauert die Gründung eines Unternehmens in Deutschland im Schnitt 8-10 Tage – in Estland 18 Minuten.**
- **Digitalisierte Einwanderungsverfahren gibt es bisher in keinem Bundesland flächendeckend.**

Was passieren muss

- **Top-5-Wirtschaftsverfahren identifizieren und priorisiert digitalisieren.**
- **Verpflichtende digitale Schnittstelle** zwischen Behörden und Unternehmen.
- **Monitoring des gesamten Wirtschaftsbeziehungszyklus:** Jeder Prozess von Gründung bis Fördermittel digital und transparent.

Kein Rückfall in Planwirtschaft – sondern gezielte Stärkung privater Investitionen

Ein massiver Irrtum in der aktuellen Debatte: Dass es bei den geplanten Sondervermögen und Investitionen darum ginge, den Staat zum zentralen Wirtschaftsakteur zu machen. Genau das ist **nicht** das Ziel.

Worum es wirklich geht

- Deutschland hat in den letzten **20 Jahren** die eigenen **Grundlagen** vernachlässigt.

<https://www.linkedin.com/in/david-gierse-49a34718b/>

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

- **Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung und Verteidigung** sind keine Nice-to-haves – sie sind die **Basis**, auf der eine erfolgreiche, innovationsgetriebene Volkswirtschaft aufbauen kann.
- **Funktionierende Infrastruktur** ist eine Standortvoraussetzung.
- **Digitale Souveränität** sichert langfristig die technologische Wettbewerbsfähigkeit.
- **Verteidigungsfähigkeit** ist die Grundvoraussetzung für politische und wirtschaftliche Souveränität.

Private Investitionen aktivieren – durch bessere Rahmenbedingungen

1. Bildung & Fachkräfte

- **Digitale Bildung** von der Schule bis zur Weiterbildung.
- **Stärkung von MINT-Fächern**, speziell in der angewandten Forschung.
- **Zielgerichtete Fachkräftezuwanderung** – digital, schnell, transparent.
- **Steuerliche Anreize** für Weiterbildung in Zukunftstechnologien.

2. Innovationsökosysteme stärken

- Deutschland ist stark in Grundlagenforschung – aber schwach im Transfer.
- Während am **MIT und in Stanford** aus Hochschulen jährlich Dutzende Milliarden-Startups entstehen, bleibt der deutsche Technologietransfer fragmentiert.
- **Förderung von Ausgründungen** aus Hochschulen.
- **Fondsmodelle**, die privates Kapital mit staatlicher Co-Finanzierung hebeln.

3. Steuerliche Anreize

- **Sonderabschreibungen** für private Investitionen in digitale Infrastruktur, KI, Cybersecurity.
- **Steuerliche Innovationsprämien** für mittelständische Unternehmen.

4. Standortattraktivität

- Deutschland muss für internationale Fachkräfte wieder attraktiv werden – mit: **Schnellen digitalen Visa-Verfahren. Attraktiven Steuerregelungen für Hochqualifizierte. Einem digitalen Bürgerportal**, das von Einreise bis Steuererklärung alles vereinfacht.

Fazit

<https://www.linkedin.com/in/david-gierse-49a34718b/>

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

Der Staat muss **wieder funktionieren** – aber er darf nicht alles selbst machen.

Öffentliche Investitionen legen die Basis, aber **private Innovationskraft und Kapital** machen den Unterschied. Deutschland braucht eine **Investitionsoffensive**, eine **Verfahrensrevolution** und eine **neue Innovationskultur**.

➔ **Was denkt ihr? Wie bekommen wir diesen Dreiklang aus Staat, Wirtschaft und Innovation hin?** ➔ **Diskutiert gerne mit – und folgt mir für die kommenden Deep Dives zur digitalen Souveränität, Verteidigungstechnologie und Verwaltungsmodernisierung.**

Quellenverzeichnis

Investitionsstau & Infrastruktur

- KfW-Kommunalpanel 2024/2025
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Studien zum Investitionsbedarf 2024/2025
- Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln), Infrastruktur-Report 2024
- Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), Investitionsbericht 2024
- Deutscher Städtetag, Positionspapier Investitionslücke Kommunen 2024

Verteidigung & Fähigkeitslücken

- Wehrbeauftragte des Bundestages: Jahresbericht 2024
- Bundesministerium der Verteidigung: Fähigkeitsprofil der Bundeswehr (aktualisiert 2024)
- NATO Defence Expenditure Report 2024
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): Studie „Europäische Verteidigungsfähigkeit nach 2025“

Digitale Souveränität & digitale Infrastruktur

- Bitkom: Digitalstrategie 2025 & Investitionsbedarf digitale Infrastruktur 2024/2025
- Nationaler Normenkontrollrat (NKR): Jahresbericht 2024, Schwerpunkt Verwaltungsdigitalisierung
- IW Köln: Digitalisierungskompass 2024
- Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik (FIT): Studie zur digitalen Souveränität Deutschlands 2024

<https://www.linkedin.com/in/david-gierse-49a34718b/>

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

- Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI): Lagebericht zur IT-Sicherheit in Deutschland 2024
- Cybersicherheitsstrategie der Bundesregierung 2024

Chips & Halbleiterproduktion

- Bitkom & ZVEI: Roadmap Halbleiterproduktion in Deutschland 2024
- EU Chips Act, Statusbericht 2024
- BMWK: Förderstrategie Halbleiterindustrie 2024
- Fraunhofer Mikroelektronik: Marktanalyse & Technologiestrategie 2024

Quantencomputing & Hochleistungsrechnen

- Fraunhofer-Institut für Angewandte Optik und Feinmechanik: Strategiepapier Quantencomputing 2024
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Quantenstrategie 2024

Bürokratieabbau & Verwaltungsmodernisierung

- Nationaler Normenkontrollrat (NKR): Bürokratiekostenbericht 2024
- IW Köln: Verwaltungsmodernisierung & Effizienzstudie 2024
- Deutscher Städte- und Gemeindebund: Positionspapier Bürokratieabbau 2024
- Studie „Deutschland Tempo“ der Bertelsmann Stiftung 2024

EU-Investitionskontext & ReArm Europe

- Europäische Kommission: Programm ReArm Europe 2024
- NATO Defence Planning Process 2024
- Bruegel Think Tank: Analyse EU-Verteidigungsfonds & ReArm Europe 2024

Wirtschaftsstandort & Innovationsförderung

- Global Innovation Index 2024 (WIPO)
- OECD: Investitionsklima Deutschland 2024
- DIHK: Investitionsbarometer 2024
- Bitkom: Innovationsförderung Digitalwirtschaft 2024
- BMWK: Bericht zur Startup-Strategie 2024

Arbeitsmarkt & Fachkräftezuwanderung

- Bundesagentur für Arbeit: Fachkräfteengpassanalyse 2024

<https://www.linkedin.com/in/david-gierse-49a34718b/>

Brückenbauer zwischen Technologie, Wirtschaft & Politik

- DIW: Zuwanderungsstrategie Deutschland 2024
- Nationaler Normenkontrollrat: Digitales Einwanderungsverfahren 2024